

**Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Pflege
Forderungen an die neue Regierung**

**Statement des Präsidenten
des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR),
Franz Wagner,
zur Pressekonferenz des 5. Deutschen Pflorgetags
am 15. März 2018**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

den beruflich Pflegenden geht es schlecht. Wir haben zu wenige Menschen, die bereit sind in der Pflege zu arbeiten, dabei wachsen der Bedarf und die Anforderungen stetig. Das zeigen auch die Ergebnisse des Pflgethometers, das Herr Prof. Isfort eben vorgestellt hat. Die neue Bundesregierung muss der Pflegepolitik die oberste Priorität zuordnen.

Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob wir die Krise in der Pflege bewältigen und den pflegerischen Herausforderungen der Zukunft begegnen können. Und diese Zukunft kommt bald - es ist keine Zeit zu verlieren. Wenn jetzt nicht entschieden gehandelt wird, dann kann demnächst die pflegerische Versorgung in Deutschland nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Personalsituation in der Pflege kippt. Vielerorts können Fachkraftstellen nicht mehr besetzt werden. Die Nachfrage nach Pflegeleistungen übersteigt in Teilen bereits heute das mögliche Angebot. Es gibt Wartelisten in der Langzeitpflege. In Krankenhäusern werden zunehmend Betten und ganze Stationen gesperrt.

In der Pflege wurde in der letzten Legislaturperiode viel an wichtigen und richtigen Reformen umgesetzt. Die Lage der beruflich Pflegenden wurde dabei allerdings stark vernachlässigt. Wichtige Reformprojekte wie die Ausbildungsreform wären beinahe gescheitert bzw. wurden durch Kompromisse abgeschwächt. Oder sie werden sich, siehe die für das Jahr 2020 geplante Personalbemessung in der Langzeitpflege, erst nach Jahren und hoffentlich positiv auswirken.

Mit Blick auf die professionell Pflegenden bietet der neue Koalitionsvertrag durchaus auch Potenzial, er bleibt aber im Gegensatz zu anderen Politikfeldern leider wenig konkret. Zu den Vorhaben mit Potenzial gehört der präventive Hausbesuch wie auch das Ziel, flächendeckend eine gerechte Vergütung in der Pflege zu schaffen. Weiter plant die Regierung, die Arbeitsbedingungen in der Pflege so attraktiv zu machen, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen und beibehalten. Das ist richtig, muss aber noch

ausdifferenziert und wesentlich konsequenter angegangen werden als das in der Vergangenheit der Fall war.

Für die Bewältigung der Zukunftsaufgabe Pflege braucht es in dieser Legislaturperiode wesentlich konkretere Schritte und ein Gesamtkonzept, einen Masterplan Pflegeberufe, der das bisherige Drehen an einzelnen Stellschrauben ersetzt. Ein solcher Masterplan muss gemeinsam mit den relevanten Akteuren inklusive Pflegexperten und unter Beteiligung aller für die Pflege relevanten Regierungsressorts entwickelt werden. Ziel muss sein, nachhaltige ineinandergreifende Lösungen zu finden, die auch die Kompetenzen der professionell Pflegenden besser nutzen. Wir als Deutscher Pflegerat werden uns aktiv daran beteiligen und mit unserer Kompetenz zu einem Gelingen beitragen.

Die Arbeitsbelastung der professionell Pflegenden muss schnell spürbar weniger werden. Hier muss geklotzt und nicht gekleckert werden. Die heutige Krise Pflegepersonalmangel kam nicht überraschend. Wir haben seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Zentrale Ursache für das Problem ist, dass in Deutschland viel zu viele Patientinnen und Bewohnerinnen pro Pflegefachperson versorgt werden müssen. In Deutschland versorgt eine Gesundheits- und Krankenpflegerin in einer Tagschicht im Krankenhaus bis zu 15 Patientinnen, in der Schweiz sind es dagegen nur 9 oder in Norwegen sogar nur 6. In der Altenpflege ist es noch schlechter. Zusätzlich leisten die Pflegenden viele Überstunden, um die mangelnde Personalausstattung zu kompensieren. Durch diese chronische Belastung liegen die Pflegenden als Berufsgruppe bei den Ausfallzeiten an der Spitze, sie werden körperlich und seelisch krank und steigen zunehmend aus dem Beruf aus. Pflege als Beruf ist durchaus attraktiv. Eine Berufstätigkeit in der Pflege ist es derzeit sehr oft nicht.

Die im Koalitionsvertrag festgelegten 8.000 neuen Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in den Pflegeheimen, finanziert durch Mittel der Gesetzlichen Krankenversicherung, reichen bei weitem nicht aus, um den Fachkraftmangel zu beheben. Umgerechnet entspricht das zwar 400 Millionen EURO pro Jahr, aber es sind lediglich 0,6 Stellen mehr pro Pflegeheim. Die Ausgliederung des Pflegepersonalbudgets aus der DRG-Finanzierung im Krankenhaus ist eine Chance für eine grundlegende Verbesserung. Das würde verhindern, dass das Budget für Fachkräfte weiter als Verschiebebahnhof für andere Bereiche genutzt wird. Im Rahmen eines Sofortprogramms muss der zügige Aufbau von jeweils 50.000 Stellen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen erfolgen. Nur durch ein solches Signal werden wir die erwähnten positiven Effekte bei den Beschäftigten in der Pflege erreichen. Dabei ist auch uns klar, dass wir diese Stellen nicht binnen weniger Monate besetzen werden können.

Es gilt aber den Exodus aus dem Beruf zu stoppen und die Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass Teilzeitarbeitende wieder mehr Stunden pro Woche arbeiten wollen und auch können. Wir müssen versuchen, die Menschen, die heute in der Pflege arbeiten, zu halten und diejenigen, die enttäuscht ihrem Beruf den Rücken gekehrt haben, zurückzugewinnen.

Pflegeschülerinnen und -schüler müssen während der Ausbildung gute und motivierende Arbeitsbedingungen erleben. Nur dann werden sie als Fachkräfte in den Beruf einmünden (wollen). Wir müssen in den qualifizierten Nachwuchs investieren, insbesondere im Bereich der Ausbildung an Hochschulen. Erforderlich sind auch rasche Fortschritte bei der Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes. Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

muss umgehend dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden. Wir müssen auch stetig die Zahl der an Hochschulen ausgebildeten Pflegefachpersonen erhöhen und dafür sorgen, dass diese in der direkten Versorgung, also am Menschen, eine Beschäftigung finden. International und in fast ganz Europa erfolgt die Ausbildung für die Pflege an Hochschulen.

Das alles wird auch mehr Geld kosten. Wobei zumindest im Bereich der Krankenversicherung durchaus genügend Geld im System ist. Es ist nur eine Frage, wie dieses Geld ausgegeben wird, also wo Prioritäten gesetzt werden. In Deutschland haben wir im internationalen Vergleich zu viele Krankenhausbetten und zu viele Krankenhäuser. Es wird auch zu viel operiert. Wenn wir eine Reduzierung der Betten schaffen würden und dabei Pflegepersonal nicht abbauen, hätten wir einen wichtigen Schritt in Richtung bessere Personalausstattung und damit bessere Versorgungsqualität im Krankenhaus getan.

Im Bereich der Langzeitpflege werden wir um höhere Ausgaben nicht herum kommen. Aber wollen wir als Gesellschaft uns tatsächlich eine Mangelversorgung der pflegebedürftigen Menschen – und dazu werden auch die meisten unter uns irgendwann gehören - leisten?

Generell wünsche ich mir von der Bundesregierung mehr Mut zu grundlegenden Veränderungen im Versorgungssystem – wie zum Beispiel beim Thema Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen. Die bestehenden Kompetenzen des Heilberufs Pflege gilt es besser als bisher zu nutzen. Pflege ist und kann mehr als das Kompensieren von eingeschränkten Körperfunktionen des täglichen Lebens oder die Ausführung ärztlicher Anordnungen. Die Kernkompetenz der Pflege ist die Unterstützung der Menschen bei bestehenden oder drohenden Gesundheitsproblemen und Pflegebedürftigkeit. Das fängt bei der Prävention an und reicht bis zu Rehabilitation und Palliativversorgung. Viele pflegerische Interventionsmöglichkeiten werden heute nicht genutzt, da entweder keine Zeit dafür ist oder weil es Vorgaben gibt, die Grenzen setzen. In der Diskrepanz zwischen dem, was Pflegende leisten könnten und dem, was sie tatsächlich tun müssen, sehe ich eine zentrale Ursache für die Einschätzung der Pflegenden, dass die gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege niedrig sei.

Pflege leistet täglich einen Beitrag zu mehr Selbständigkeit, Autonomie und Lebensqualität bei und trotz chronischer Krankheit oder Pflegebedürftigkeit. Pflegende beraten, leiten an und fördern die Gesundheitskompetenz. Pflegefachpersonen sind die am meisten unterschätzte Ressource im Gesundheitswesen.

Pflegende übernehmen zunehmend Aufgaben in neuen Bereichen, so z.B. in der Schulgesundheitspflege. Hier betreuen sie Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen, sind aber auch bei Verletzungen oder akuten Erkrankungen zur Stelle. Sie stehen auch als Ansprechpartner sowohl für die Schüler/innen als auch die Lehrer/innen in allen möglichen gesundheitsbezogenen Fragen von der Essstörung bis zur Drogenproblematik zur Verfügung.

Pflegefachpersonen könnten auch in strukturschwachen Gebieten z.B. in lokalen Gesundheitszentren einen Beitrag dazu leisten die medizinische Versorgung abzusichern. Warum sollen dafür qualifizierte Pflegende nicht sogar bei stabilem Verlauf einer chronischen Krankheit und in enger Zusammenarbeit mit dem niedergelassenen Arzt Folgerezepte für Medikamente ausstellen können?

Nicht zuletzt muss dem Beruf Mitsprache und Mitgestaltung ermöglicht werden. Es darf nicht sein, dass ohne Beteiligung der Pflegenden über Pflegende Entscheidungen getroffen werden. Wir fordern deshalb einen Platz an allen Tischen, an denen über Pflegende und ihre Arbeitsbedingungen entschieden wird. Das ist auch die Begründung für die Errichtung berufsrechtlicher Selbstverwaltungsorgane – also Pflegekammern – in den Ländern und einer Bundespflege(berufe)kammer.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Der Gesetzgeber muss aktiv werden. Er muss konsequenter als bisher für bessere Arbeitsbedingungen der professionell Pflegenden eintreten. Hier gilt es neues Vertrauen aufzubauen. Die professionell Pflegenden müssen sich darauf verlassen können, dass es der Gesetzgeber mit den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ernst meint. Gleichmaßen müssen auch die Arbeitgeber, Kostenträger, Kommunen und auch die Führungskräfte in der Pflege aktiv werden. Dafür brauchen wir einen Masterplan Pflegeberufe für die nächsten 10 Jahre.

Gemeinsames Anliegen muss es sein, die Rahmenbedingungen der pflegerischen Arbeit so zu verbessern, dass der eigentlich attraktive Pflegeberuf wieder als eine gute Option bei der Berufswahl mit Karrierechancen wahrgenommen wird.

Der Deutsche Pflegerat wird darauf drängen und daran mitwirken, dass wir zu guten und nachhaltigen Lösungen für eine gute und sichere pflegerische Versorgung kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.